

Flucht und Verantwortung

Das Schicksal der Geflüchteten hat in den letzten 20 Jahren politisch wie menschlich mal mehr, mal weniger Aufmerksamkeit erregt. Weshalb also erhitzt es gerade jetzt die Gemüter? An den Zahlen kann es kaum liegen; sie sind weder auf Höchst- noch auf Tiefstand. Woher kommen die plötzlichen Bekundungen des Protestes gegen Heime in der Nachbarschaft oder als Reaktion darauf die allseits herzlichen Hilfsangebote? Hat das mit den Asylsuchenden zu tun? Oder vielmehr mit uns, der Mehrheitsgesellschaft? Gewiss ist Letzteres der Fall. Also geht es wieder um Kampagnen, so wie einst in den frühen 1990ern. Aber mit Unterschieden. Damals war der sogenannte Volkszorn gegen Asylbewerber spontan. Er wurde zwar von der Politik genutzt und von den Medien angetrieben, aber er war besonders in Ostdeutschland das deutliche Zeichen einer beginnenden sozialen Bewegung gegen die »Ausländer«. Die öffentlichen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock – sie sind Synonym für zahlreiche andere, die nicht bekannt wurden – richteten sich gegen »das Fremde« und gleichzeitig gegen den liberalen, demokratischen Staat. Nachdem der Asylkompromiss politisch durchgeboxt war, hörten die Pogrome langsam auf, jedoch mit dem deutlichen Gefühl des Mobs, einen grundsätzlichen Sieg errungen zu haben. Aus ihm entwickelten sich in den Folgejahren jene Nazistrukturen, die jetzt wieder rassistische Kampagnen organisieren. Es gelang ihnen, den Osten weitgehend von »Visible Minorities« frei zu halten, denn noch immer leben dort weniger als 1% Menschen mit dunkler Hautfarbe. Einwanderer aus den westlichen Bundesländern hatten zu viele schlechte Erfahrungen dabei gemacht, in den Osten zu gehen und das sprach sich rum. So blieb der Osten, was er bis heute ist: ein ethnisch »weiß« gehaltenes Gebiet. Das ist der vielleicht größte politische Erfolg des Rechtsextremismus in Deutschland. Und weil Staat und Gesellschaft dies nicht bemerkten und die erstarkenden Nazistrukturen nie so ernst genommen haben, konnte sich die moderne Kameradschaftsszene auch im Westen festsetzen.



Von Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung

Foto: Peter van Heesen

Heute stehen Mob und Nazis vor den Heimen und demonstrieren oder greifen an. Im Osten wie im Westen. Dies ist die logische Folge einer Gesellschaftspolitik, die noch immer in »die« und »wir« teilt, die das Land VOR Flüchtlingen schützt und nicht den Schutz DER Flüchtlinge zum Ziel hat. Kein Ostproblem also. Ebenso wenig wie die Angriffe auf Menschen aus Flüchtlingsheimen. Doch heute ist die Zivilgesellschaft, die diesen Namen auch verdient, stärker als in den 1990ern. Es sind viele Initiativen entstanden, die der rassistischen Hetze Paroli bieten. Sie wehren sich nicht nur gegen Rechtsextremismus und die diffusen Ängste der Bevölkerung, sondern unterstützen die neuen Nachbarn in allen Lebensbereichen. Diese Initiativen tun weit mehr, als nur zu helfen. Sie beziehen die Flüchtlinge in ihr tägliches Leben ein, ihre Unterstützung ist praktisch und nicht paternalistisch, sie ist großartig im Kleinen. In einigen Orten ist es so gelungen aufzuhalten, was damals nicht aufzuhalten war – den offenen Rassismus gegen Asylsuchende. Wir stellen hier vor, wie das gelingen kann. Denn heute können wir einen Unterschied machen. Es geht, es funktioniert. Es braucht nur die Entscheidung, sich dafür wirklich zu engagieren! Mit Spenden können alle helfen, diejenigen Initiativen handlungsfähig zu machen, die unter besonders schwierigen Umständen den Schutz der Flüchtlinge wahren. In Ost wie in West.

Besorgte Bürger oder Demokratiefeinde?



August 1992: in Rostock-Lichtenhagen setzen Neonazis eine Flüchtlingsunterkunft in Brand – unter dem Beifall tausender Bürgerinnen und Bürger. Aus ihrer Gesinnung machen sie keinen Hehl. Im Juli 2013 wird die Empörung gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf zum Symbol der wiederkehrenden Proteste vermeintlicher »besorgter Bürger«. Wieder schüren Rechtsextreme gezielt Ängste und organisieren bundesweit rassistische Proteste gegen Flüchtlinge.

Fotos: Martin Langer/Theo Schneider

Nicht tatenlos zusehen

Im ostthüringischen Gera sind Rechtsextreme im Stadtbild stets präsent. Opfer rechter Gewalt werden nicht allein gelassen

GEFÖRDETES PROJEKT Seit zehn Jahren versammeln sich jährlich Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet zum »Rock für Deutschland«. Auch sonst sind die Rechten im Stadtbild präsent, regelmäßig werden Menschen beleidigt, bedroht und überfallen. Wie vielerorts wird das Problem von Seiten der Stadt jedoch kleingeredet. Zu groß ist die Angst ums Image, wenn die Stadt als »braunes Nest« abgestempelt wird. Doch es gibt auch starke Stimmen in der Stadt, die sich damit nicht abfinden wollen. Seit inzwischen neun Jahren lässt sich ein Kreis mutiger Menschen nicht unterkriegen und engagiert sich in der ehrenamtlichen Opferberatung »Aufandhalt.« »Nach einem rassistisch motivierten Übergriff geht es um schnelle Hilfe. Die rechtlichen Möglichkeiten zu erklären ist dann ebenso wichtig wie das Vermitteln von psychologischer Unterstützung«, erklärt Vereinsmitglied Karl Euben. Außerdem ist Aufandhalt auch Anlaufstelle für MigrantInnen oder Flüchtlinge, die bei Behörden rassistisch diskriminiert werden oder sich einfach nicht im Ämterwirrwarr zurecht finden. Weil Aufandhalt für seine Arbeit sonst keine dauerhafte finanzielle Unterstützung erhält, fördert die Amadeu Antonio Stiftung den Verein. Neben der Opferberatung versteht sich der Verein als Schnittstelle für alle, die die Stadt nicht den Nazis überlassen wollen. Eine der Fragen, die sich die Engagierten stellen: wie können wir die alltägliche Dimension der Gefahr von Rechts sichtbar machen, um die Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen? In Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen wurde dazu eine Möglichkeit zur systematischen Erfassung entwickelt. »Die ständige Bedrohung durch Nazis ist nicht die

subjektive Einbildung, als die sie oft abgetan wird«, sagt Euben. »Wir dokumentieren von Neonazis begangene Angriffe auch dann, wenn diese in der strafrechtlichen Grauzone anzusiedeln sind. Denn schließlich steht nicht selten eine bewusste Taktik hinter solchen Anfeindungen.« Aktuell haben die Engagierten noch mit einer weiteren Herausforderung zu tun: Im nahegelegenen Greiz machen Nazis gegen eine Flüchtlingsunterkunft mobil. Getarnt als Initiative »besorgter Bürger« rufen stadtbekannte Rechtsextreme jeden Freitag zu Demonstrationen auf. Mit rassistischen Slogans versuchen die Rechten, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger hinter sich zu bringen. Teilweise mit Erfolg: inzwischen ist die Stadt in Gegner und Befürworter der Unterkunft gespalten. Weil die Engagierten von Aufandhalt nicht tatenlos zusehen wollen, wie die

Nazis die Stimmung für sich nutzen, haben sie eine zweite Anlaufstelle in Greiz eröffnet. »Mit einem geplanten interkulturellen Begegnungszentrum wollen wir eine demokratische Willkommenskultur beleben«, erzählt Willi Brüssel-Mautner vom Vereinsvorstand. Auch die Tätigkeiten in Greiz werden von der Amadeu Antonio Stiftung finanziell unterstützt. Einen ersten großen Erfolg konnte Aufandhalt bereits verbuchen. Denn obwohl der Landkreis eigentlich jeglichen Zutritt in die Flüchtlingsunterkunft untersagt, durften Engagierte des Vereins den Kontakt zu den Flüchtlingen aufnehmen. Ein ehemaliger Flüchtling hilft seitdem unmittelbar vor Ort und bildet den direkten Draht zu den Engagierten – für eine demokratische Willkommenskultur.

Von Robert Lüdecke

»DIE STÄNDIGE BEDROHUNG DURCH NAZIS IST KEINE EINBILDUNG«

Flüchtlinge im Irgendwo

Menschen auf der Flucht sind in einer Ausnahme-situation. Chaos oder Krieg liegen hinter ihnen. Oft wissen sie nicht, wo ihre Angehörigen sind. Sie sind traumatisiert und haben eine lange Reise hinter sich. Nun sind sie auf ungewisse Zeit unterkommen. Irgendwo. Sie kennen den Unterschied nicht zwischen Orten wie Torgelow oder Kiel. Die Nachbarschaft ist für sie neu und fremd. Ob sie ihnen wohl-gesonnen ist, darüber wissen die Flüchtlinge nichts. Ihre Perspektive ist ganz praktisch: werden ihre

Kinder zur Schule gehen können? Kann im Heim gekocht werden? Sind die zurückgebliebenen Angehörigen per Telefon zu erreichen? Wo und was kann man einkaufen? Wird es medizinische Versorgung geben? Wird endlich Ruhe einkehren nach den dramatischen Erlebnissen der zurückliegenden Zeit? Nazis machen in vielen Kommunen gegen die Geflüchteten mobil, die aufgebrachte Nachbarschaft ist wütend auf die Politik und die neuen Nachbarn.

Fortsetzung auf Seite II

RECHTSEXTREME UNTER BÜRGERLICHER TARNKAPPE

Bundesweit machen Bürgerinitiativen Stimmung gegen Flüchtlingsunterkünfte. Facebook-Seiten von »besorgten Bürgern« gibt es viele. Auffällig: die Seiten sehen ähnlich aus, sind miteinander vernetzt – und verwenden die gleichen Slogans. Das Projekt no-nazi.net der Amadeu Antonio Stiftung sieht darin eine Strategie. »Das riecht alles sehr nach einer Kampagne«, sagt Johannes Baldauf. »In den Sozialen Netzwerken werden angebliche Augenzeugenberichte geteilt und ausgedachte Statistiken zitiert, die die ohnehin gereizte Stimmung noch zusätzlich anheizen.« Hinter den Initiativen stecken in den meisten Fällen organisierte Neonazis. Sie nutzen die Sozialen Netzwerke, um den Unmut in rechte Bahnen zu lenken. In Hinblick auf die Kommunalwahlen 2014 inszenieren sich NPD & Co. mit ihren rassistischen Parolen schon jetzt als die »Kümmerer« für die Menschen vor Ort.

NEONAZIS INSTRUMENTALISIEREN KINDESMISSBRAUCH

Seit dem Missbrauchsskandal in renommierten Bildungseinrichtungen im Jahr 2010 steht das Thema sexueller Kindesmissbrauch immer häufiger im öffentlichen Fokus. Neonazis greifen die Problematik auf und instrumentalisieren das Thema für ihre Zwecke. »Der Missbrauch ist ein hochemotionales Thema, bei dem sich Nazis mit ihrer Forderung nach Todesstrafe als tatkräftige Alternative darstellen«, erklärt Heike Radvan von der Fachstelle Gender und Rechtsextremismusprävention der Amadeu Antonio Stiftung. »Dabei geht es ihnen nicht um Hilfe für die Opfer, sondern nur um die Verbreitung ihrer Ideologie unter dem Deckmantel des Kinderschutzes.« Über Ziele und Strategien von Neonazis informiert die neue Broschüre »Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis« der Stiftung, die hier auch bezogen werden kann.

DEUTLICHER ANSTIEG ANTISEMITISCHER GEWALT

Laut Innenministerium stieg die Zahl der antisemitischen Gewalttaten in 2012 um 70% gegenüber dem Vorjahr. »Die Gefahr von Antisemitismus nur an der Kriminalstatistik festzumachen, verkennt aber die breite Dimension«, erklärt Jan Riebe, der antisemitische Vorfälle in einer Chronik für die Amadeu Antonio Stiftung dokumentiert. Mediale Debatten mit antisemitischem Tenor häufen sich genauso wie israelfeindliche Diskussionen – beispielsweise in den Sozialen Netzwerken – die sachlicher Kritik nichts mehr zu tun haben. »Das stärkt Gewalttätern den Rücken« so Riebe. Rund um den 9. November wurden beispielsweise in Bad Berleburg, Siegen und Gröbzig jüdische Friedhöfe geschändet und ein Anschlag auf die Pinneberger Synagoge verübt. »Das ist nur ein Ausschnitt der besorgniserregenden Vorfälle«, berichtet Riebe. Ein deutliches Zeichen wurde mit den von der Stiftung organisierten Aktionswochen gegen Antisemitismus gesetzt. Über 180 Organisationen, Schulen, Jugendzentren und jüdische Gemeinden aus allen Bundesländern beteiligten sich mit 390 Veranstaltungen.

ANGRIFF VON RECHTSAUSSEN

In Duisburg verprügeln rechte Fußballfans antisemitische Ultras, in Essen verhindern Hooligans eine Veranstaltung über Neonazis – zwei aktuelle Fälle, die zeigen, wie groß das Neonazi-Problem im Fußball ist. »Schon lange fährt bei vielen antisemitischen Fans die Angst vor rechten Hooligans mit – vor allem bei Auswärtspartien in den unteren Ligen. Dort sind Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus fast trauriger Alltag«, weiß Joachim Wolf von fussball-gegen-nazis.de. Die Medien würden meist nur berichten, wenn es zu spektakulären Vorfällen kommt – oder wenn Vereine oder Verbände große Aktionen gegen Diskriminierung starten, kritisiert Wolf. »Es muss aber darum gehen, die vielen Initiativen, die sich tagtäglich gegen Diskriminierung im Fußball engagieren, zu stärken. Und noch mehr Menschen zu ermutigen Stellung zu beziehen«, so Wolf. Fussball-gegen-nazis.de wurde 2012 von der Stiftung ins Leben gerufen.

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Wir glauben, dass man gegen Neonazis am wirksamsten mit Initiativen und Projekten vor Ort angehen kann: Initiativen, die sich dauerhaft gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren, und die für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Opferschutz, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote

für Aussteiger aus der Naziszene. Für sie und ihr Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt. Er war eines der ersten von 184 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Flüchtlinge im Irgendwo

Fortsetzung von Seite 1

Es herrscht angespannte, aggressive Stimmung. Es gibt Demos oder sogar Angriffe auf die Flüchtlingsunterkünfte. Was kann also getan werden, um das zu verhindern? Ein gutes Beispiel ist Vorpommern. Hier hatten Bürgerinnen und Bürger sich bereits lange vor Ankunft der Flüchtlinge für ein weltoffenes Vorpommern organisiert. Auf dieser Grundlage konnten sie sich dann Gedanken machen, wie das Klima den Geflüchteten gegenüber positiv gestaltet werden kann und diese die notwendige Unterstützung bekommen. Dabei hat auch die Stadtverwaltung aktiv geholfen, die Betreibenden der Heime eingeladen, die Anwohnerinnen und Anwohner informiert und für eine offene Diskussion gesorgt. Die Bürgermeister der Region haben in einer Erklärung keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie Rechtsextremismus und menschenfeindliche Handlungen nicht dulden werden. Selbst wenn nicht alle Bewohner mit den Flüchtlingen sympathisieren, ist doch klar, dass die allgemeine Stimmung Rassismus ächtet. Und das macht einen Unterschied. Für die Anwohnerinnen und Anwohner, die nun Bescheid

wissen und helfen können und ganz besonders für die Flüchtlinge, die nicht zu allen großen Sorgen, die sie haben, auch noch um ihre Sicherheit fürchten müssen.

Gewiss, an anderen Orten ist das anders. Da wird versucht, Heime zu verhindern, da will die Stadt nicht helfen, da werden Aufrufe der NPD für bare Münze genommen. Willkommenskultur findet dort nicht statt, Nachbarschaft und Verwaltung wehren Verantwortung ab, interessieren sich nicht für die Menschen auf der Flucht. Die Gründe dafür sind neben Rassismus auch Ahnungslosigkeit. Schlechtes Klima in der Nachbarschaft von Flüchtlingen ist für alle schwer zu ertragen. Der Unterschied kommt nicht von allein. Man muss ihn wollen. Man muss ihn machen. Deshalb engagiert sich die Stiftung in der AG »Willkommenskultur« des Bündnisses Vorpommern und hat zusammen mit Pro Asyl, der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus und Aktion Sühnezeichen vor den Bundestagswahlen den Aufruf »Rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlinge und Asylsuchende entgegenreten!« initiiert, den viele Schauspieler, Prominente und Bischöfe unterstützt haben.

Von Stella Hindemith

2013: Rassistisch motivierte Übergriffe auf Flüchtlinge

- 20.04. Langburkersdorf (Sachsen): Auf ein Flüchtlingsheim wird ein Anschlag mit Brandbeschleuniger verübt.**
- 16.08. Luckenwalde (Brandenburg): Unbekannte werfen einen Brandsatz auf eine Asylunterkunft.**
- 18.09. Premnitz (Brandenburg): Auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft wird ein Brandanschlag verübt.**
- 12.10. Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern): Unbekannte versuchen, mit Feuerwerkskörpern den Keller einer Flüchtlingsunterkunft in Brand zu setzen.**
- 18.10. Gemünden (Bayern): Unbekannte legen Feuer an der Fassade eines Asylbewerberheims.**

- 19.10. Wehr (Baden-Württemberg): Unbekannte legen Feuer in einer Unterkunft für Asylsuchende und Obdachlose.**
- 21.10. Oldenburg (Niedersachsen): Auf ein Kulturzentrum von Sinti und Roma wird ein Anschlag mit Brandbeschleuniger verübt.**
- 14.11. Duisburg (Nordrhein-Westfalen): Eine aktuell leerstehende Flüchtlingsunterkunft brennt nach einem Brandanschlag komplett nieder.**

Diese Übersicht stellt nur eine Auswahl aus den vermehrten gewalttätigen Übergriffen dar.

2014: Das Superwahljahr für Neonazis und Rechtspopulisten

»Mit Zuversicht ins Superwahljahr 2014!« – mit diesem Resümee gab die NPD-Führung um den Vorsitzenden Holger Apfel nach der Bundestagswahl einen Ausblick auf das kommende Jahr. Das Augenmerk werde »darauf ausgerichtet sein, mit dem Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag und den erstmaligen Einzügen in die Landtage von Thüringen und Brandenburg die NPD endgültig in Mitteleuropa zu etablieren«. Dies ist leider nicht ganz unwahrscheinlich. Gerade in Thüringen hatte die Partei bei den letzten Wahlen den Einzug in den Landtag nur knapp verfehlt. In Sachsen ist sie bereits in der zweiten Legislaturperiode im Landtag vertreten. Dazu kommt die stärkere Verankerung in den Kommunalparlamenten. Seit Jahren steigt die Zahl der Mandate für rechte Parteien an. Alleine die NPD verfügt derzeit über ca. 350 Mandate. Zusammen mit rechten Kleinparteien, wie den »Pro«-Formationen oder den »Republikanern«, sind antidemokratische Kräfte in vielen Parlamenten vertreten. Durch die Ausweitung von Landkreisen, die teilweise größer als das Saarland sind, sind die kommunalen Gremien in ihrer Bedeutung nicht mehr zu unterschätzen. In einigen Bundesländern stehen ihnen nicht nur Sitzungsgelder, sondern auch hauptamtliches Personal zur Fraktionsgeschäftsführung zur Verfügung. In NRW bemüht sich auch erstmals die Partei »Die Rechte« um den Neonazi Christian Worch um kommunale Sitze. Erfolgchancen hat sie vor allen in ihrer Hochburg Dortmund, da es bei den Kommunalwahlen keine Fünf-Prozent Hürde mehr gibt.

Bei der Bundestagswahl konnte die NPD insgesamt 1,5 Prozent der Erst- und 1,3 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinigen. Dies bedeutet leichte Verluste, trotzdem bleibt die NPD gerade in ländlichen Regionen, vor allem im Osten, eine starke Kraft. Die rechtsextreme Partei hat in mehreren Wahlbezirken zweistellige Ergebnisse einfahren können. In Hochburgen, wie Usedom-Stadt, erreichte die NPD sogar mehr Wähler als die SPD. In Koblenz bei Pasewalk stimmten 23,4 Prozent der Wähler für die Rechten. In Thüringen konnte sie ihre Zustimmung mehr als verdoppeln. Die Wahl hat gezeigt, dass das Stammwählerpotenzial der NPD weitgehend stabil ist. Die gesamtdeutschen Verluste dürften die NPD schmerzen, verringern sich dadurch doch ihre Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Die Wahlkampfgestaltung der NPD hat sich aus ihrer Sicht bewährt. Die Kombination aus bürgernaher Verankerung und offen rassistischer Propaganda scheint auf fruchtbaren Boden zu treffen. Denn dort, wo sich die populäreren NPD-Direktkandidaten seit Jahren vor Ort als »Kümmerer« inszenieren, konnten sie alle an Zustimmung gewinnen. Einen besonderen Mobilisierungseffekt erhoffen sich die rechten Parteien 2014 durch die Europawahl. Die Kommunalwahlen finden alle – mit Ausnahme Bayerns – am gleichen Tag wie die Europawahl statt. Hier sind bereits große Erfolge anderer rechter und rechtspopulistischer Parteien europaweit absehbar.

Von Timo Reinfrank

WAHLTERMINE 2014

16. März: Kommunalwahlen in Bayern

25. Mai: Wahl zum Europäischen Parlament und Kommunalwahlen in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hamburg

Sommer/Herbst: Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen



Schon zahlreiche Kommunen haben sich der Kampagne »Kein Ort für Neonazis« angeschlossen, die Initiativen unterstützt, welche sich gegen die Verankerung der Neonazis im kommunalen Raum stellen.

Nie mehr Statisten sein

Seit 21 Jahren kämpfen die Überlebenden des rassistisch motivierten Brandanschlags in Mölln um ihr Gedenken.

Am 23. November 1992 steht das Haus der Familie Arslan in der Mühlenstraße 9 in Flammen. Ibrahim Arslan überlebt wie durch ein Wunder. Vier Stunden nach Ausbruch des Feuers wird der Siebenjährige in der Küche gefunden. Seine Großmutter hatte ihn dort, in nasse Tücher gehüllt, in Sicherheit gebracht. Seine Großmutter Bahide, seine Schwester Yeliz und seine Cousine Ayşe sterben. Noch während der Löscharbeiten gibt es Bekenneranrufe bei der Polizei, die mit »Heil Hitler« schließen. Dennoch fahndet die Polizei zunächst im familiären Umfeld. Schließlich werden die zwei Neonazis Michael Peters und Lars Christiansen als Brandstifter ermittelt, da sie Wissen Preis geben, welches nur die Täter haben können.

21 Jahre nach der Tat sind die Täter wieder auf freiem Fuß. Familie Arslan jedoch muss bis heute mit dem Verlust leben. Und nicht nur das, sie muss auch mit der Stadt Mölln streiten, wie das Gedenken an ihre verstorbenen Familienmitglieder gestaltet wird. Nachdem die Stadt über Jahre die Feierlichkeiten bestimmt hat, ist es der Familie im letzten Jahr erstmals gelungen ihre Wünsche bei den Gedenkveranstaltungen umzusetzen. »Als Opfer sind wir keine Statisten, sondern die Hauptzeugen des Geschehenen«, so der heute 28-jährige Ibrahim Arslan.

Trotz der Forderung der Familie wollte die schleswig-holsteinische Kleinstadt in diesem Jahr erneut bestimmen, wer wann und wo spricht, und wer überhaupt eingeladen wird. »Gedenken kann nicht an den Interessen der Überlebenden vorbei gestaltet werden. Auch 21 Jahre nach dem rassistischen

Brandanschlag von Mölln gilt: Die Erinnerung zurück zu erkämpfen. Reclaim and remember. Jetzt erst recht«, kritisiert Ibrahim Arslan. So wurde unter anderem die Einladung von Servet Yilmaz, dem Bruder der verstorbenen Ayşe, aus der Türkei nach Deutschland von der Stadt Mölln abgelehnt. Warum? Weil es der Stadt womöglich ein Dorn im Auge war, dass sich Herr Yilmaz im letzten Jahr nicht damit begnügte vor dem Haus in der Mühlenstraße lediglich der alljährlichen Kranzniederlegung beizuwohnen. Sondern aktiv das Wort ergriff, um über die Umstände der Tat, also Rassismus, zu sprechen. Das Verhalten der Stadt Mölln zeigt, dass sich auch zwei Jahre nach der Selbstenntarnung des NSU nichts an der Lebenswirklichkeit von Betroffenen

»DAS ERKÄMPFEN DER ERINNERUNG IST TEIL UNSERES LEBENS GEWORDEN«

rechter Gewalt geändert hat. Seien es die Arslans in Mölln oder die Angehörigen der NSU-Opfer, die bei der Einladung ins Schloss Bellevue von Bundespräsident Gauck nicht in Begleitung ihrer Anwälte kommen durften. Betroffene werden weiterhin marginalisiert und ihre Wünsche ignoriert. Dass Servet Yilmaz dieses Jahr den-

noch nach Mölln kommen konnte, geschah auf Initiative von Ibrahim Arslan, der sich mit der Bitte um Unterstützung an die Amadeu Antonio Stiftung wendete. Gerne haben wir seinen Cousin nach Deutschland eingeladen und werden es auch in den nächsten Jahren ermöglichen, sollte sich die Stadt weigern. »Für uns Opfer ist das Erkämpfen der Erinnerung ein Teil unseres Lebens geworden«, betont Ibrahim Arslan.

Von Anna Brausam



Rollenspiel gegen Rechte Beeinflussung

GEFÖRDETES PROJEKT

Verwaltung, Vereine und Institutionen in Mühlheim an der Ruhr sind von Nazis unterwandert. Das gut organisierte, rechtsextreme Netzwerk setzt sich aus prügelfähigen Jugendgruppen wie auch politisch Handelnden zusammen. Mit systematischer Propaganda wird der Nachwuchs durch die Nazi-Vereinigung »Die Bewegung« an Schulen rekrutiert. Andersdenkende werden diskreditiert, bedroht und leben in permanenter Angst. Ein Aussteiger der Szene bekommt das besonders zu spüren als er selbst zum Gejagten wird und niemanden mehr trauen kann ...

»Die Bewegung« existiert glücklicherweise nicht wirklich, sondern nur in einem Spiel, das vom Waldritter e.V. für die politische Bildung und demokratische Jugendarbeit entworfen wurde. In so genannten Alternate Reality Games nehmen die Spielenden verschiedene Identitäten ein und lösen unterschiedlichste Aufgaben. So können im Verlauf einer nachgespielten Geschichte die Teilnehmenden unterschiedlich an sämtliche gesellschaftspolitischen Themen herangeführt werden, die sonst bei Jugendlichen eher unattraktiv sind. »Durch die Konfrontation mit sozialen und emotionalen Herausforderungen, den hohen Spaßfaktor und die daraus resultierende Motivation wird politische Bildung erlebbar«, so Veranstalter Daniel Steinbach.

Im Alternate Reality Game »Die Bewegung« müssen sich die Darstellenden durch massenhafte Informationen wühlen, um Wahrheit von Manipulation zu unterscheiden und danach Entscheidungen zu treffen. Die Jugendlichen sind begeistert: »Die Story

war total mitreißend«, berichtet ein Teilnehmer und eine Spielerin ist überrascht: »Das ist voll ärgere! Die von der »Bewegung« haben uns total manipuliert, obwohl wir die ganze Zeit dachten, wir hätten was gegen die in der Hand.« Die einhellige Meinung der Teilnehmenden: »Rechtsextremismus muss stärker ein Thema in den Jugendzentren sein.« Die spielerische, gleichzeitig aber kritische Auseinandersetzung mit den Wortergreifungsstrategien von Neonazis hat die Jugendlichen nachhaltig beeindruckt. »Sie haben davon zwar mal in der Schule gehört, sich dann aber auch nicht weiter dafür interessiert. Doch durch das Spiel haben sie erkannt, dass die rechtsextreme Szene eine wirkliche Gefahr darstellt, die durch geschickte Manipulation sogar demokratisch denkende und aufgeklärte Menschen in ihre Kreise ziehen kann«, berichtet ein Organisator. »Erlebte politische Bildung stärkt die Urteilsfähigkeit der Jugendlichen und motiviert zum Handeln. Im Rahmen der Reflexion fand eine kleine Zukunftswerkstatt statt, in der die Jugendlichen sofort Ideen sammelten, ja sogar Beschlüsse trafen, wie sie auch in ihrem Jugendzentrum ein »Zeichen gegen Rechts« setzen können.« Dank der finanziellen Förderung der Amadeu Antonio Stiftung kann der Waldritter e.V. seinem Konzept noch den Feinschliff geben. Vielleicht sind Alternate Reality Games bald ein selbstverständlicher Teil der politischen Bildung.

Von Heike Ruhl
Foto: © Waldritter e.V.



Sinti und Roma Frauen gestalten Zukunft

GEFÖRDERTES PROJEKT

Durch die Medien werden Sinti und Roma in Deutschland oft in ein schlechtes Licht gerückt. Gerade in der aktuellen Debatte um sogenannte Armutsflüchtlinge stehen sie verstärkt in der öffentlichen Wahrnehmung und sind Opfer rassistischer Fremdzuschreibungen. Vor allem Frauen müssen rassistische Beleidigungen wie »arbeits-scheue Bettlerin« erdulden.

Diesen, als Antiziganismus bezeichneten, Vorurteilen will die Initiative »Romane Romanje NRW-Köln« entgegenzutreten. Zusammen mit aufgeschlossenen Sinti- und Roma-Frauen hat die Caritas Köln das Projekt »Romnja Empowerment – Sinti und Roma Frauen gestalten Zukunft« ins Leben gerufen. In generationenübergreifenden Gesprächskreisen berichten sie über ihre Diskriminierungserfahrungen und entwickeln Strategien zur Gegenwehr. »Hier kann ich erzählen, wie es mir geht – auch wenn es mir schlecht geht, man versucht zu helfen«, schildert eine Teilnehmerin. Sinti und Roma stoßen bei der Einschulung ihrer Kinder häufig auf erhebliche Schwierigkeiten. »Wir unterstützen sie bei Behördengängen und wichtigen Terminen. Dabei erhalten sie Tipps, was sich selber helfen können und was man alles beachten muss«, berichtet Carola Steinke

von der Caritas. Einige der Familien sind mit ihren schulpflichtigen Kindern seit August in Köln und dennoch besuchen sie noch keine Schule. Das Projekt klärt die Frauen auf, dass jedes Kind ein Recht auf einen Schulplatz hat. »Ich bin der Caritas und dem Roma-Verein sehr dankbar, nun sind endlich meine drei Kinder in der Schule angemeldet«, so eine weitere Teilnehmerin.

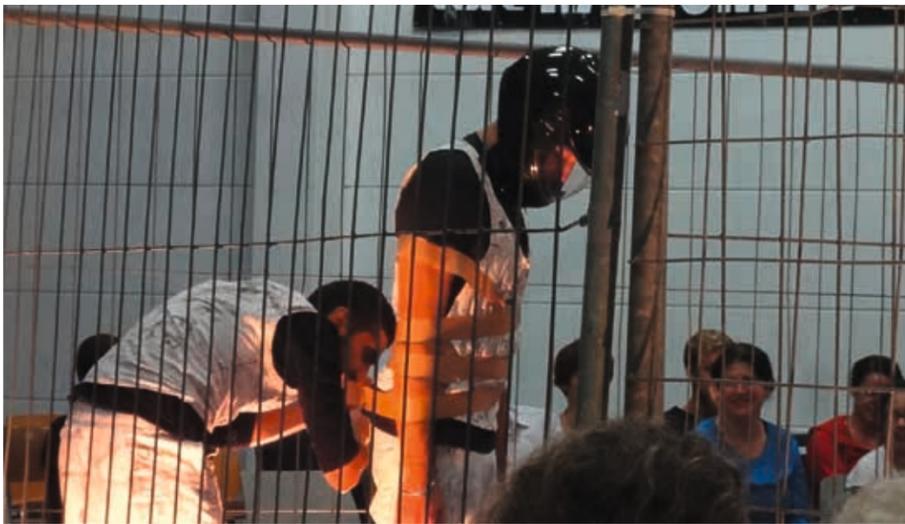
Doch nicht nur in der Schule sind Sinti und Roma Diskriminierung ausgesetzt. Eine Teilnehmerin berichtet, wie ihre Familie im öffentlichen Nahverkehr angegriffen und beschimpft wurde. Dass die Frau ihre Rechte wahrnimmt und den Fall zur Anzeige gebracht hat, verdankt sie dem Projekt. Nun wird ihr auch ein Anwalt zur Seite gestellt.

Das Projekt bestärkt die Frauen insbesondere darin, sich gegenseitig zu helfen: So werden nun zwei Frauen, die bereits anderen Frauen und Familien mit Rat und Tat zur Seite standen, zu Integrationslotsinnen qualifiziert. Bei der Förderung des Projekts lag der Amadeu Antonio Stiftung besonders am Herzen, dass es auf Hilfe zur Selbsthilfe setzt. Dadurch gestalten Sinti und Roma Frauen ihre Zukunft von jetzt an selbst!

Von Heike Ruhl

Ein Theaterprojekt voller Erfahrungen, für die es keine Worte gibt

GEFÖRDERTES PROJEKT



Aufführung des Stücks »Die im Dunkeln«. In der Szene wird die Fesselung von Aamir Ageeb nachgestellt.

Foto: © Flüchtlingsrat Hessen

1999 stirbt Aamir Ageeb bei seiner Abschiebung in den Sudan an den Folgen vorsätzlicher Körperverletzung durch Bundespolizei-Beamte. Das brutale Vorgehen ist kein Einzelfall: Flüchtlinge in Deutschland sind viel zu oft Misshandlungen ausgeliefert, unter denen sie massiv leiden. Auch die teilweise dramatischen Fluchterfahrungen werden kaum aufgearbeitet, weil die professionelle Unterstützung fehlt.

Für Flüchtlingskinder ist es in Sammelunterkünften besonders trist. Zu räumlicher Ausgrenzung und fehlenden sozialen Kontakten kommt oft noch ein Mangel an Freizeitmöglichkeiten. In Kassel wurde deshalb das »Sprachrohrmittmachtheater« für Jugendliche ins Leben gerufen, in dem sie auf spielerischem Weg über ihre Enttäuschungen und Bedürfnisse sprechen können. Reimar Bendix vom Hessischen Flüchtlingsrat berichtet: »Ob ernst oder spielerisch, bietet Theaterarbeit ihnen Freiraum die eigene Persönlichkeit zu erkunden, sich etwas zu trauen und auch schlicht endlich gesehen zu werden.«

Bereits nach dem ersten Treffen konnten die zuerst skeptischen Jugendlichen für die Schauspielerei begeistert werden: »Das rhythmische Bewegen mit den anderen zusammen hat mir Kraft gegeben!«, sagt Abdi, einer der Teilnehmenden. Reimar Bendix erinnert sich: »Auch Boris war fasziniert davon, eine

Rolle zu spielen, sich in andere Personen hineinzuversetzen. Das habe ihm etwas über den Umgang mit Anderen gelehrt. Die Jugendlichen wirkten jetzt sehr gelöst und viel selbstsicherer als vorher. Alle wollten unbedingt beim nächsten Termin dabei sein.«

Dank finanzieller Förderung der Amadeu Antonio Stiftung wird das Projekt pädagogisch begleitet. Während die jugendlichen Flüchtlinge Teil einer kreativen Freizeitbeschäftigung sind, können sie sich mit ihren Fluchterfahrungen auseinandersetzen und finden dabei professionelle Unterstützung. Schon die ersten Erlebnisse der Bühnenarbeit zeigen, wie sehr die Persönlichkeit der jungen Flüchtlinge gestärkt wurde. Dabei geht es auch um die Stärkung der kommunikativen Fähigkeiten und Möglichkeiten der Konfliktbewältigung.

Das Theaterprojekt ist deutschlandweit einzigartig: Denn den Jugendlichen wird kein Stück vorgesetzt. Sie selbst können entscheiden, wie sie ihren Spielraum nutzen wollen. Viele von ihnen haben im Projekt zum ersten Mal Gelegenheit, um über die eigenen Fluchterfahrungen zu sprechen. Auch das Schicksal von Amir Ageeb beschäftigt die Jugendlichen. Ihr Bühnenstück kann zum Sprachrohr ihrer eigenen Ängste werden.

Von Heike Ruhl

Rechtsextreme Frauen: übersehen und unterschätzt

Amadeu Antonio Stiftung begleitet den NSU-Prozess in München

Neonazis werden häufig nicht als solche erkannt. Jahrelang war es den mutmaßlichen Terrorist/innen des NSU möglich, unerkannt in einer Nachbarschaft zu leben, ihre Mordanschläge zu planen und durchzuführen.

Das hat auch damit zu tun, dass rassistische Einstellungen und eine menschenfeindliche Ideologie nur selten aufzufallen scheinen oder zu Widerspruch führen. Dabei fallen rechtsextreme Frauen oft noch weniger auf als Männer, die als gewaltbereit, martialisch daherkommen. Die Amadeu Antonio Stiftung geht diesem Phänomen nach. So wird der Prozess gegen Beate Zschäpe u.a. unter der Fragestellung begleitet, wann Polizei, Verfassungsschutz aber auch Jugendarbeit, Schule und Nachbarschaft das Problem übersehen haben. Es werden Geschichten deutlich, die in der breiten Medienberichterstattung nur am Rande vorkommen, aus denen sich jedoch viel lernen lässt.

Fall 1: Im Raum Nürnberg geht die Polizei 2007 kurzzeitig der These nach, dass die Morde, die heute dem NSU zugerechnet werden, rassistisch motiviert sind. Es wird eine Rasterfahndung veranlasst. Die vom Verfassungsschutz erstellte Liste enthält alle Personen, die als rechtsextrem gelten, unabhängig von Alter und Geschlecht. Doch eine mutmaßliche Unterstützerin des NSU gerät trotzdem aus dem Blickfeld. Denn kurzerhand schränken die polizeilichen Ermittler/innen das Ergebnis ein, es werden alle Männer unter 18 und über 35 Jahren sowie alle Frauen von der Liste gestrichen. Mandy S. gilt als Helferin der erste Stunde, nach dem Abtauchen von Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos vermittelte sie ihnen eine Wohnung in Chemnitz. Die immerhin mögliche Chance, ihr und damit dem NSU auf die Spur zu kommen, wurde 2007 also verpasst, weil die Polizei nicht in Richtung rechter Frauen ermittelte.



In Limbach-Oberfrohna wollen Engagierte nicht hinnehmen, dass Nazis das Stadtbild dominieren. Bei der Aktion »Grenzenlos farbenfroh« wurden rechte Schmierereien übermalt. Foto: Buntes Bürgerforum für Demokratie

»Wir waren die Nestbeschmutzer«

Die Soziale und politische Bildungsvereinigung e.V. arbeitet seit über fünf Jahren gegen die rechte Hegemonie im sächsischen Limbach-Oberfrohna. Doch der Verein kämpft nicht nur gegen Nazis, sondern auch gegen den Vorwurf »Nestbeschmutzer« zu sein.

GEFÖRDERTES PROJEKT

Kannst du kurz zusammenfassen, was eure Ziele sind und wie ihr diese erreichen wollt?

Unser Ziel ist es, einen alternativen Freiraum für nicht-rechte Jugendliche zu schaffen. In unserer Stadt sind die Nazis leider genauso erwünscht wie alle anderen. Im Jugendhaus hängen immer wieder Nazis ab. So sind das alles Orte, die wir nicht besuchen können, ohne bedroht zu werden.

Wie sieht es aus mit diesem Treffpunkt? Hattet ihr nicht mal ein Haus?

2009 haben wir unser erstes Haus gekauft und begonnen, Räume zum Wohnen und für Veranstaltungen auszubauen. 2010 haben Nazis einen Brandanschlag verübt, alles ist ausgebrannt. So mussten wir wieder bei Null anfangen. Fast die ganze Stadt hat uns abgelehnt. Wir waren die Nestbeschmutzer, wurden wie Provokateure behandelt, es fand eine Täter-Opfer-Umkehr statt. 2011 haben wir versucht, in neuen Räumen einen Infoladen zu eröffnen. Alles schien gut zu laufen. Und dann, so drei Tage vor der Eröffnung, kam ein Brief von der Stadt, dass wir nicht eröffnen können, weil wir Formalitäten nicht beachtet haben. Anstatt der Eröffnungsfeier haben wir dann eine Kundgebung vor dem Laden gemacht, um zu zeigen, dass wir trotzdem da sind und weitermachen wollen.

Kannst du davon erzählen, was vor der Eröffnung passierte?

Ein paar Tage vor der geplanten Eröffnung kamen

wieder Nazis und haben uns angegriffen. Wir waren zum Glück nicht ganz allein und haben uns auch gewehrt, weil die gerufene Polizei einfach nicht kam. Als sie dann da war, sind die Nazis weggerannt, was die Cops eindeutig gesehen haben. Aber stattdessen wurden wieder wir zu den TäterInnen gemacht: Es gab eine Hausdurchsuchung in unseren Räumen und Beschlagnahmungen.

Wer unterstützt euch denn?

Es gibt viel Unterstützung durch unsere Eltern, durch Bekannte und andere private Kontakte. Wir bekommen Spenden oder haben auch schon mehrmals Fördermittel beantragt und erhalten. Es gibt auch immer wieder Menschen, die mithelfen, beim Bauen oder Veranstaltungen organisieren.

Eure Eltern haben sogar selbst eine Initiative gegründet oder?

Ja, das »Bunte Bürgerforum Limbach-Oberfrohna«. Das haben sie gemacht, um uns zu unterstützen. Sie haben gesehen, dass wir von der Stadt immer wieder als Täter und Problem behandelt werden. Heute engagieren sich im »Bunten Bürgerforum« immer mehr Menschen, das sehen wir auch als Zeichen dafür, dass sich in Limbach etwas verändert hat.

Ist in Limbach die Angst vor Nazis so groß?

Die Friedrich Ebert Stiftung hatte 2012 eine Veranstaltung zu Rechtsextremismus in Limbach gemacht. Da sind Erwachsene aufgestanden und haben erzählt, dass sie Angst vor den Nazis haben, abends nicht mehr auf die Straße gehen wollen oder bestimmte Orte meiden. Es gibt immer wieder einzelne Menschen, die nicht mit den Nazis mitziehen. Aber sich auch nicht trauen, den Mund dagegen aufzumachen. Man kann davon sprechen, dass Nazis hier eine rechte Hegemonie aufgebaut haben. Und der Staat hat viel zu lange zugesehen und uns als aktive Zivilgesellschaft und alternative Jugendliche behindert und kriminalisiert.

Das Interview führte Laura Piotrowski mit Elli (22 Jahre) von der Initiative.

Seit mehreren Jahren unterstützt die Amadeu Antonio Stiftung die Demokratisch Engagierten in Limbach-Oberfrohna in ihrem Engagement gegen die örtliche Neonazi-Szene. Als 2010 das Vereinshaus der Sozialen und Politischen Bildungsvereinigung von Nazis angezündet wird, hilft der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung beim Wiederaufbau. Um der dominanten rechten Szene eine Alternative entgegen zu setzen, organisiert der Verein jedes Jahr ein Festival. In den letzten Jahren unterstützte die Stiftung die Konzerte mit Rahmenprogramm ebenfalls finanziell. Weil die regionalen Medien nur zögerlich über Neonazi-Angriffe und Brandanschläge berichteten, entschieden sich aktive Bürgerinnen und Bürger dazu, selbst eine Öffentlichkeit zu schaffen. So entstand das Bürgerzeitungsprojekt »Rückspiegel« des Bunten Bürgerforums für Demokratie in Limbach-Oberfrohna, das ebenfalls von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wird. Beide Initiativen wurden in den vergangenen Jahren mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie ausgezeichnet, der von vier Stiftungen, darunter die Amadeu Antonio Stiftung, ausgelobt wird.



Rechte Frauen – weder ungefährlich noch unpolitisch.

Fall 2: Ende 2006 führt ein Wasserschaden in einer ungenutzten Wohnung direkt über dem Versteck des NSU-Trios zu polizeilichen Ermittlungen. Beate Zschäpe wird als Zeugin befragt. Obwohl sie sich inhaltlich in Widersprüche verstrickt und im Haus unter einem anderem Vornamen als im Pass angegeben bekannt war, kann sie die Polizeidirektion unbehelligt verlassen. Auch im Weiteren wird diesen Widersprüchen seitens der Polizei nicht nachgegangen. Eine weitere Möglichkeit, den NSU aufzudecken, verstreicht. Wäre Frau Zschäpe ein Mann gewesen oder mit Migrationshintergrund, wäre dies wahrscheinlich nicht so ohne Weiteres geschehen. Es wird oft davon ausgegangen, dass Frauen per se friedlich seien und eher unpolitisch – ein grundsätzlicher Trugschluss, der zu gefährlichen Fehlschlüssen führt: Wird die Rolle von Frauen in rechtsextremen Szenen seitens der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden unterschätzt, besteht die Gefahr, ihr Han-

deln zu übersehen und damit sogar zu begünstigen. Das Problem ist kein ausschließliches der Sicherheitsbehörden, es zeigt sich auch im Bereich der Jugendarbeit, wenn ein Sozialarbeiter, der Anfang der 1990er mit ihr gearbeitet hat, Beate Zschäpe als Person beschreibt, die nett, unpolitisch und primär auf der Suche nach einem Freund war. Personen, die es sehen wollten und konnten, wussten bereits damals vom Rassismus und der Gewalttätigkeit Zschäpes. Nicht zuletzt spielen die Medien eine Rolle: So werden einzelne Zeugenaussagen im Prozess so interpretiert, dass sie eine Entlastung Zschäpes nahe legen. Das Bild von der vermeintlich friedlichen Frau verstellt auch hier den Blick auf die Realität. Die Ergebnisse der Recherchen aus dem Projekt, das von den Open Society Foundations unterstützt wird, finden Sie unter www.gender-und-rechtsextremismus.de

Von Ulrich Overdieck und Heike Radwan

Nazis in Zahlen

So erschreckend die Statistiken sind: die hier zitierten Zahlen des Verfassungsschutzes geben nur einen kleinen Ausschnitt der tatsächlichen Dimension von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wieder. Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt registrieren ein Vielfaches der rechten Straftaten – die Dunkelziffer noch nicht eingerechnet.

Was uns besondere Sorge macht: der grassierende Alltagsrassismus in Deutschland stärkt rechten Gewalttätern den Rücken. Die aktuellen Proteste gegen Flüchtlinge machen es ganz deutlich – die rassistischen Parolen der Rechtsextremen sind anknüpfungsfähig und treffen auf fruchtbaren Boden. Repräsentative Umfragen der Universität Bielefeld zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit belegen, wie sehr Vorurteile und Rassismus in den Köpfen verbreitet sind.

Auch nach dem NSU wird rechte Gewalt weiter bagatellisiert, Betroffene nicht ernst genommen, Initiativen allein gelassen und als »Nestbeschmutzer« abgetan. Diese Bagatellisierung macht es rechten Demokratiefeinden allzu einfach. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind ein gesamtdeutsches und gesamtgesellschaftliches Problem – und müssen so auch angegangen werden.



Laut Verfassungsschutz zählen

22.150 Personen zur Rechtsextremen Szene.
(2011: 22.400)

Rechte Straftaten 2012: 17.616, **+6,1%**
davon 802 Gewalttaten **+6,2%**

Die NPD ist vertreten in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern und verfügt über ca. 350 kommunale Mandate in 15 Bundesländern

Einnahmen der NPD aus staatlichen Mitteln (2012)
Projektförderung der Amadeu Antonio Stiftung (2012)



1.435.934,96 €

151.309,60 €

184 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990



47,1 % der Deutschen finden, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben.

30,2 % der Deutschen fühlen sich wegen Muslimen fremd im eigenen Land.

40,1 % der Deutschen haben Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in ihrem Umfeld aufhalten.

40,5 % der Deutschen finden, dass Israel sich gegenüber den Palästinensern verhält wie die Nationalsozialisten gegenüber den Juden



IHRE SPENDE KOMMT AN!

Mit über 750 geförderten Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus können wir einen großen Erfolg verbuchen. Damit wir daran anknüpfen können, brauchen wir Ihre Hilfe. Schon mit einer kleinen Spende können wir Großes erreichen!

Mit 100 Euro ermöglichen wir einer Jugendinitiative den Druck eines Flyers über die örtlichen Nazi-Strukturen. Mit 200 Euro finanzieren wir einen Workshop, um über rechte Kleidung und Musik in der Schule aufzuklären und dagegen zu argumentieren. Mit 1.000 Euro machen wir ein Konzert möglich, um Menschen zusammenzubringen, die sich gemeinsam einer rechten Alltagskultur entgegen stellen.

Spendenkonto: GLS Bank | BLZ 430 609 67 | Konto 600 500 0000
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00 | BIC: GENODEM1GLS

Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Die Stiftung sendet Ihnen eine Spendenquittung zu, bitte geben Sie hierzu Ihre Adresse bei der Überweisung an.

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift einmalig _____ €
- Ich spende per Lastschrift _____ €
- monatlich halbjährlich jährlich

Ich bin damit einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Amadeu Antonio Stiftung, Liniestraße 139, 10115 Berlin

Danke für Ihre Unterstützung

Auch in diesem Jahr konnten wir schon 107 Initiativen für eine demokratische Alltagskultur unterstützen. Besonders spannend finde ich immer wieder, mit was für tollen Ideen sich so viele Menschen in Deutschland an uns wenden. Da fällt mir spontan der Freiraum e.V. im sächsischen Burgstädt ein, der eine echte Alternative für nicht-rechte Jugendliche bietet – in einem Ort, wo Nazis schon ganz früh den Nachwuchs rekrutieren. Toll fand ich auch die Plakate des Verbands der Sinti und Roma Schleswig-Holstein gegen die antiziganistische NPD-Hetze im Wahlkampf. Ohne die Förderung der Stiftung wäre die Kampagne nicht möglich gewesen. Und als Rechtspopulisten in Bonn Stimmung machten, konnte auch das Bündnis »Bonn stellt sich quer« unbürokratisch gefördert werden – und hat dann hunderte Menschen auf die Straße gebracht, die sich schützend vor die Moschee stellten. Gerade jetzt, wo Flüchtlinge so zum Feindbild gemacht werden, haben mich die vielen Initiativen beeindruckt, die darauf direkt reagieren. So wie das Musiktheater, das ganz in der Nähe der Unterkunft in Berlin-Hellersdorf die Parolen der Rechten zum Thema macht.



Oder die Ausstellung über den Lebensalltag von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen, die einem wirklich die Augen öffnet. Bitte unterstützen Sie uns jetzt mit ihrer Spende, damit wir auch weiterhin mutige Menschen vor Ort unterstützen können!

Anna Brausam berät in der Amadeu Antonio Stiftung Initiativen bei der Antragstellung und betreut den Opferfonds CURA für Betroffene rechter Gewalt.

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung

Liniestraße 139, 10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10

Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Robert Lüdecke

Mitarbeit: Anna Brausam, Stella Hindemith, Anetta Kahane (V.i.S.d.P.), Laura Piotrowski, Heike Radvan, Timo Reinfank, Jan Riebe, Heike Ruhl, Ulrich Overdieck, Joachim Wolf

Gestaltung: Design, Berlin

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.

© Amadeu Antonio Stiftung, Dezember 2013

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR